

Datenschutzerklärung gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679

Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 (nachfolgend bezeichnet als „Verordnung“) teilt die Agentur für Staatsgüter (nachfolgend bezeichnet als „Agentur“ oder „Verantwortlicher“) als Verantwortlicher die Zwecke und Modalitäten der Verarbeitung personenbezogener Daten der Teilnehmer des vorliegenden Verfahrens mit.

Die von den betroffenen Personen mittels der Formulare des Verantwortlichen und den vom Verantwortlichen geforderten Unterlagen erteilten personenbezogenen Daten werden von der Agentur ausschließlich zur Erfüllung der Auflagen in Verbindung mit vorliegendem Verfahren verarbeitet.

Die Datenübermittlung ist für die Teilnahme am Verfahren verpflichtend.

Die übermittelten Daten werden von der Agentur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verordnung und insbesondere manuell, mit computergestützten und elektronischen Mitteln, mit eng mit den bereits dargelegten Zwecken verbundenen Logiken, rechtmäßig und nach Treu und Glauben sowie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Datenminimierung verarbeitet.

Die Daten werden für den zur Erreichung der Zwecke, für welche sie erteilt wurden, erforderlichen Zeitraum und in weiterer Folge zur Erfüllung der mit vorliegendem Verfahren verbundenen und folgerichtigen gesetzlichen Verpflichtungen gespeichert.

Die Agentur wendet keine Prozesse zur automatisierten Entscheidungsfindung an und führt kein Profiling der betroffenen Personen durch.

Die Daten können anderen öffentlichen Behörden und Verwaltungen für die Durchführung ihrer Anweisungen und zur Erfüllung der, sofern vorgesehenen, gesetzlichen Verpflichtungen mitgeteilt werden und können von den im Vorfeld vom Verantwortlichen ermächtigten und angewiesenen Angestellten der Agentur rein für die mit vorliegendem Verfahren verbundenen Zwecke eingesehen werden.

Die Agentur kann auch auf die Unterstützung externer Gesellschaften, die im Vorfeld von den Auftragsverarbeitern gemäß Art. 28 der Verordnung bestellt wurden, zurückgreifen. In den übrigen Fällen werden die Daten nicht verbreitet oder Dritten mitgeteilt. Die Daten werden nicht an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt.

Angesichts des äußerst heiklen gegenständlichen Verfahrens kann die Agentur die Informationen gemäß Art. 10 der Verordnung zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten oder in Verbindung mit Sicherheitsmaßnahmen (sog. Gerichtsdaten), deren Verarbeitung in vollumfänglicher Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften gewährleistet wird, verarbeiten.

Die betroffenen Personen können gegenüber dem Verantwortlichen das Recht auf Zugriff auf die personenbezogenen Daten und auf deren Berichtigung oder Löschung oder Beschränkung der Datenverarbeitung oder auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 15 ff. der Verordnung) ausüben. Der entsprechende Antrag ist der Agentur für Staatsgüter, dem Verantwortlichen, an den Geschäftssitz in der Via Barberini n. 38 - 00187 Roma zu übermitteln oder an den Datenschutzbeauftragten, der für die Funktion am selbigen Geschäftssitz geschäftsansässig ist und unter der folgenden E-Mail-Adresse erreichbar ist: demanio.dpo@agenziademanio.it

Sind die betroffenen Personen der Auffassung, dass bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Agentur für Staatsgüter gegen die Verordnung verstoßen wird, können sie gemäß Art. 77 der Verordnung Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einreichen oder den entsprechenden Rechtsweg beschreiten (Art. 79 der Verordnung).

Agentur für Staatsgüter

.....,den.....